

„Wir sollten aufhören, immer nur eine einzige Form von Demokratie für demokratisch zu erklären.“ Eine Antwort auf Rainer Eisfeld

Wilhelm Knelangen / Birte Meinschien

„We should stop always declaring only one form of democracy as democratic.“ – A response to Rainer Eisfeld

Abstract: In his commentary, Rainer Eisfeld questions the “certainty” of statements about Michael Freund’s work in the post-war era and in the Federal Republic. Eisfeld’s attempt to verify his hypothesis that Freund was not a convinced democrat with a selective selection of quotes and information is not conclusive. In the first part of this analysis, Eisfeld’s questions and findings will be closely examined. In a second step, we will show how a differentiated assessment of Freund in the Federal Republic might be achieved. This contribution then concludes with reflections on further research needs. In this context, an intensive exploration of the “Founding Fathers” understanding of democracy as well as a discussion about the theoretical and methodological basis of the subject’s history are required.

Keywords: History of Political Science, Michael Freund, founding fathers generation, democracy and political science, Kiel university

Schlagwörter: Geschichte der Politikwissenschaft, Michael Freund, Generation der Gründeräder, Demokratie und Politikwissenschaft, Universität Kiel

1. Einleitung

Der Kommentar von Rainer Eisfeld zeigt, dass die Debatte über die Verstrickungen der Nachkriegspolitologen in den Nationalsozialismus nicht vorbei ist. Wir sind mit ihm der Ansicht, dass in der fachgeschichtlichen Analyse der ersten Professoren generation nicht fein säuberlich zwischen dem individuellen Wirken und Handeln vor 1945 einerseits und der Karriere als Hochschullehrer für Politikwissenschaft in der Bundesrepublik andererseits unterschieden werden kann. Vielmehr ist zu erwarten, dass es neben biografischen Brüchen auch Kontinuitäten gibt, die über das Kriegsende hinaus wirksam blieben. Es ist nachvollziehbar, dass sich das Interesse dabei zunächst auf die Fachvertreter richtet, die während der nationalsozialistischen Zeit eine problematische Rolle spielten. Michael Freund gehört zu dieser Gruppe (Knelangen u. Meinschien 2014). Insbesondere nach 1939 war er immer stärker bereit, die ideologischen Positionen der NSDAP zu vertreten und an der propagandistischen Unterstützung des Regimes mitzuwirken. Eisfeld setzt mit seinem Kommentar an unserer vergleichsweise knappen Darstellung der Zeit nach 1945 an und zieht unsere Beurteilung von Freunds Wirken für diese Phase sehr grundsätzlich in Zweifel. Im Folgenden sollen deshalb drei Dinge geleistet werden. Zuerst wird es um die Fragen und Feststellungen Eisfelds gehen, wobei deutlich werden soll, dass sein Vorgehen methodisch nicht

überzeugt und inhaltlich zu einseitigen Schlussfolgerungen führt. Auf dieser Grundlage wird im zweiten Schritt diskutiert, woran eine differenzierte Beurteilung von Freunds Wirken während der bundesrepublikanischen Zeit anknüpfen könnte. Mit Überlegungen zu weiterem Forschungsbedarf schließt der Beitrag ab.

2. Zu den Fragen und Feststellungen Rainer Eisfelds

Eisfeld stellt die „Bestimmtheit der Aussagen“ in Frage, mit denen Michael Freunds Wirken in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik Deutschland skizziert worden ist. In der Tat: Es handelt sich um eine Skizze, die die Perspektive des Beitrags in die Bundesrepublik hinein verlängern sollte. Die Absicht war, mit vergleichsweise wenigen Strichen einen Eindruck vom Tätigkeitsprofil Freuds und seinen thematischen Schwerpunkten zu geben. Eine ausführlichere Würdigung, die mehr Raum für Illustrationen und Zwischentöne geboten hätte, konnte an dieser Stelle nicht erfolgen. In wesentlichen Teilen war sie auch bereits in Meinschien biografischer Studie zu Freund (Meinschien 2012) geleistet worden, deren Augenmerk sich hauptsächlich auf dessen Handeln, Schreiben und Denken in der Bundesrepublik richtet.

Eisfeld stützt seine Überlegungen im Wesentlichen auf eine Auswahl von Zitaten und Sachinformationen, die er dem Buch von Meinschien sowie der Untersuchung von Goede über Gustav Rein (Goede 2008) entnimmt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Auch eine gute Kenntnis der Akten schützt nicht vor Fehlurteilen und Missverständnissen. Und selbstverständlich können auch nur wenige, bislang unbekannte oder übersehene Dokumente bisher als gesichert geltendes Wissen plötzlich als veraltet oder sogar als irrig erscheinen lassen. Dennoch ist überraschend, dass Eisfeld am Ende seiner Replik einräumt, ein abschließendes Urteil über Freund könne „bei dem derzeitigen Forschungsstand“ nicht gefällt werden. Der Beitrag liest sich bis dahin völlig anders. Trotz der schwachen Quellen- und Literaturgrundlage seines Kommentars belässt es Eisfeld nur in wenigen Fällen bei offenen Fragen. Überwiegend handelt es sich bei seinen Schlussfolgerungen um Vorwürfe und Unterstellungen, die er nur gelegentlich (und dann unzureichend) als Frage verkleidet.

Es sind keine Kleinigkeiten, die Eisfeld in den Raum stellt: *Erstens* zweifelt er daran, dass Freund nach 1945 ein überzeugter Demokrat gewesen sei. Er suggeriert vielmehr, dass es sich bei dem Kieler Professor um eine Person mit einer mehr oder minder großen persönlichen und inhaltlichen Nähe zu antidemokratischen Kräften gehandelt habe. Aus diesem grundlegenden Einwand leitet Eisfeld *zweitens* den Zweifel daran ab, dass Freund einen glaubwürdigen und inhaltlich akzeptablen Beitrag zur demokratischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus geleistet habe. Außerdem stellt er, gleichsam als Quintessenz, *drittens* infrage, dass Freuds Wirken als ein Baustein zur Profilierung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft angesehen werden kann. Um die Berechtigung seiner Zweifel zu untermauern, nennt Eisfeld mehrere Argumente, die im Folgenden genauer betrachtet und auf ihre Aussagekraft hin beleuchtet werden.

Um seine Zweifel an Freunds demokratischer Überzeugung zu begründen, stellt Eisfeld zunächst fest, dass ihn die „unvermittelte Einführung“ des Begriffs der

„Massendemokratie“ überrascht habe. Diese Überraschung gilt zunächst uns, denn wir waren es, die Freund „aufgrund seiner Erfahrungen“ einen „Skeptiker der modernen Massendemokratie“ (Knelangen u. Meinschien 2014, S. 350) nannten. Damit haben wir einen Begriff aufgegriffen, der in der gegenwärtigen demokratietheoretischen Diskussion keine positive Verwendung findet und wohl deshalb Eisfelds Aufmerksamkeit erregt. Selbstverständlich ist die moderne Demokratie per definitionem eine „Massendemokratie“. Zu berücksichtigen ist aber, dass das Wort in der frühen Bundesrepublik den abwertenden Unterton, den man heute heraushören kann, nicht hatte – auch nicht in der jungen Politikwissenschaft, wie ein nur kurзорischer Blick in die zeitgenössische Literatur zeigt. In einem programmatischen Aufsatz zur Aufgabe der Politikwissenschaft von 1952 sprach A. R. L. Gurland beispielsweise vom „Zeitalter der Massendemokratie und der totalitären Herrschaftssysteme“ (Gurland 1952, S. 25). Auch der junge Karl-Dietrich Bracher charakterisierte die politische Wissenschaft als eine Disziplin, „die mit dem unwiderruflichen Eintritt der Masse in die Politik zu rechnen hat“ (Bracher 1952, S. 52).

Mit der knappen Formel vom „Skeptiker“ sollte vor allem die Sorge reflektiert werden, mit der Freund in der Nachkriegszeit und den 1950er Jahren auf die Wiederbegründung der Demokratie blickte. Der Kieler Professor gehörte zu der nicht kleinen Gruppe von Intellektuellen, die sich nicht sicher waren, ob die deutsche Gesellschaft möglichen neuen autoritären Versuchungen würde widerstehen können. Völlig unbegründet war diese Unsicherheit offenkundig nicht: Im Oktober 1948 gaben 57 Prozent der befragten Deutschen an, der Nationalsozialismus sei eine „gute Idee“, die nur „schlecht ausgeführt“ worden sei (Fröhlich 2009, S. 106). Inhaltliche Grundlage des Misstrauens von Freund und anderen war eine spezifische Sicht auf die jüngere Geschichte Europas seit der französischen Revolution, die in der Nachkriegszeit (nicht nur) in Deutschland vor allem im konservativen Denken verankert war, aber auch darüber hinaus Zustimmung fand (Müller 2013, S. 213). Die nach 1789 einsetzende Durchsetzung der Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht, professionalisierten Parteien sowie massenmedialer Information und Propaganda habe, so die These dieser Denkrichtung, erst die Voraussetzung für den Siegeszug autoritärer und totalitärer Bewegungen der Zwischenkriegszeit geschaffen (Cornelißen 2009, S. 224-225).

Freund schätzte entlang dieser Perspektive das politische Urteilsvermögen seiner Mitbürger skeptisch ein, und er hob im Gegenzug die Bedeutung von gesellschaftlichen Eliten für die Stabilität der Demokratie hervor. In einem ursprünglich 1954 erschienenen Beitrag argumentierte er, die Weimarer Republik sei letztlich daran zugrunde gegangen, „daß sie keine ihr angemessene und angepaßte regierende Klasse von genügender Breite, innerer Kraft und Machtwillen hervorbrachte“ (Freund [1954] 1970a, S. 235). Seine Sicht auf die Parteien war kurz nach Gründung der Bundesrepublik kritisch, denn eine funktionsfähige Demokratie verlange „Parteien, die ausreichend auf ein Ganzes und auf die Nation bezogen sind, um zur gegebenen Stunde – dem Ganzen unterworfen und ihm verantwortlich – im Auftrag der Nation insgesamt wirken zu können“ (Freund [1952] 1970b, S. 171). Einige Jahre später sollte er übrigens eine „positive Wandlung“ der Parteien fest-

stellen, die er am „Versiegen der radikalen Parteien“ und am „Erlöschen der tiefen Gegensätze der Parteien“ festmachte (Freund [1964] 1970c, S. 162).

Natürlich erkennt man in diesen kurzen Sentenzen eine konservative und elitäre Sicht auf die Demokratie, die weniger von gesellschaftlicher Partizipation als von Stabilitätsorientierung und dem Wunsch nach exekutiver Handlungsfähigkeit gekennzeichnet ist. Die Frage ist freilich, welche Schlussfolgerungen sich aus diesem Befund ergeben. Ob man es für gerechtfertigt hält, schon aus einem konservativen Demokratieverständnis Zweifel an der demokratischen Glaubwürdigkeit abzuleiten, hängt wohl entscheidend davon ab, ob die Positionen Freuds vor dem Hintergrund der zeitgenössischen politischen und politikwissenschaftlichen Debatte beurteilt werden oder ob der je eigene aktuelle demokratietheoretische und (nicht zuletzt) politische Standpunkt den Maßstab für das Urteil abgibt. Eisfeld verfolgt offenkundig die zweite Alternative, denn schon an der Verwendung des Begriffes der „Massendemokratie“ und an der eben diskutierten Skepsis Freuds macht er seine Zweifel an dessen Beitrag zur „Demokratiewissenschaft Politologie“ fest.

Seine Zweifel sieht Eisfeld durch ein Zitat von 1955 bestärkt, das er Meinschiens Buch entnimmt und das er als „klare Antwort“ darauf deklariert, worauf Freuds Demokratieskepsis fuße. Es handelt sich um einen kurzen Abschnitt aus einem Text, den Freund anlässlich des 80. Geburtstags von Thomas Mann in der „Gegenwart“ veröffentlichte (Freund 1955). Es ist ärgerlich, dass Eisfeld den ursprünglichen Wortlaut – man muss wohl sagen: ganz in seinem Sinne – verkürzt. Denn schon die Hinzufügung des von ihm weggelassenen Textes lässt Freuds Aussage in einem anderen Licht erscheinen. Der Klarheit halber sei nur das kursiv gesetzt, was Eisfeld zitiert:

Die folgenden Zeilen sollen ein persönliches Wort sein. *Ich habe zu bekennen, daß die „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und „Friedrich und die große Koalition“ einen schlechten Einfluß auf mich ausgeübt haben.* Die beiden Werke haben wohl sehr entscheidend dazu beigetragen, mir jenen Schuß politischer Verdorbenheit einzuflößen, den meine Freunde an mir feststellen. *Ich bin – eben dank der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ – weiß Gott kein mustergültiger Demokrat geworden.* Von den Tugendhaften mag mich mancher nicht „Unter den Linden grüßen“ (wie immer auch „Unter den Linden“ im zeitgenössischen Vokabular heißen mag). Ein Gran von Bosheit und von zynischem Zweifel gegenüber der ideologischen Rechtschaffenheit und Vollkommenheit ist zurückgeblieben. Es ist nicht zu leugnen: die demokratische Unschuld geht verloren, wenn man die „Betrachtungen eines Unpolitischen“ oder „Friedrich und die große Koalition“ gelesen hat (Freund 1955, S. 377).

Eisfeld ordnet die von ihm zitierten Satzfragmente als eine Art „Glaubensbekennnis“ des Antidemokraten Freund ein. Ein genauerer Blick in die „Gegenwart“ hätte hingegen den ironischen Unterton erkennen lassen, der für Freuds Publizistik insgesamt typisch ist. Es sollte nicht übersehen werden, dass ein großer Teil der Veröffentlichungen des Kieler Professors sich nicht an die akademische Welt, sondern an den interessierten Zeitungsleser richtete. Die Lust an der Provokation, an der überraschenden argumentativen Wendung, an der überspitzenden Darstellung – diese Stilmerkmale, die man selbst in diesem kurzen Abschnitt er-

kennen kann, lässt Eisfeld beiseite. Und selbst wer in Freuds Worten nicht nur ein – gewiss frivoles – Spielen mit den Erwartungen an einen Professor für Politikwissenschaft erblicken möchte, sondern die Zurschaustellung offener Sympathie für die Diktatur darin erkennen will, sollte Freuds Artikel im Zusammenhang lesen. Wie an vielen anderen Stellen in seinem Schrifttum versucht Freund, einen Gegenstand (in diesem Fall: Thomas Mann) gegen den Strich zu bürsten und die üblicherweise vorgenommene Unterscheidung zwischen dem Saulus der „Betrachtungen“ und dem Paulus der „Deutschen Republik“, der auch Eisfeld folgt, in Frage zu stellen.

Man muss Freuds Interpretation nicht folgen, aber Eisfeld setzt eine aus unserer Sicht geradezu suggestive Argumentationstechnik ein, wenn er im Indikativ fortfährt und behauptet, Mann habe sich gegenüber Freund als „der deutlich Lernfähiger“ erwiesen. Aus Freuds Worten kann man eben keine Option „zunutzen des Obrigkeitstaats gegen politische Demokratie“ herauslesen – übrigens auch nicht aus dem von Eisfeld wiederum aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitat aus einem Brief Benno Reifenbergs. Freund dachte kritisch über einige Erscheinungsformen der westdeutschen Demokratie und artikulierte seine Sicht der Dinge auch öffentlich. Dazu gehörten beispielsweise seine Präferenz für eine starke demokratische Führung und für das Mehrheitswahlrecht sowie seine Bedenken gegen eine Klärung politischer Fragen mit rechtlichen Mitteln. Es ist daher kein Zufall, dass Freund der Demokratie Großbritanniens mit einer tiefen Zuneigung und Bewunderung begegnete (Freund 1948, 1954) – einer politischen Ordnung mithin, die man wohl der von Reifenberg angesprochenen „Demokratie westlicher Färbung“ zuschlagen darf.

Das Herzstück von Eisfelds Kommentar ist der Hinweis auf die Mitgliedschaft Freuds in der Ranke-Gesellschaft sowie auf zwei Vorträge, die er in diesem Rahmen 1952 und 1953 gehalten hat. An der geschichtspolitischen Absicht ihres Gründers Gustav Rein und der Tatsache, dass die führenden Mitglieder der Gesellschaft Historiker waren, „die während des Dritten Reiches in mehr oder weniger großer Nähe zum Nationalsozialismus gestanden hatten“ (Schulze 1989, S. 205), herrscht kein Zweifel. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, welche Bedeutung die Mitgliedschaft und das Engagement Freuds in der Gesellschaft hat. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre, die Struktur der Mitglieder (und des korrespondierenden Umfelds, etwa der Rezessenten der von der Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift „Das Historisch-Politische Buch“) einer genaueren Untersuchung zu unterziehen, denn Eisfeld nennt ausschließlich solche Personen, die sich in den Jahren 1933–1945 eindeutig exponierten. Das trifft möglicherweise nicht auf alle Mitglieder gleichermaßen zu. Aber selbst wenn die Prüfung ein differenziertes Bild ergäbe, bliebe das Faktum bestehen, dass Freund einer Vereinigung beigetreten ist, deren Ziele – da sind wir bei Eisfeld – einer sich als „Demokratiewissenschaft“ verstehenden Disziplin nicht gut zu Gesicht standen.

Über die Gründe für den Beitritt lassen sich nur Mutmaßungen anstellen. Ein wesentlicher Faktor scheint zu sein, dass Freund auch nach seiner Berufung auf die Kieler Professur für „Wissenschaft und Geschichte der Politik“ seine disziplinäre Identität als Historiker nicht ablegte. Im Gegenteil: Einer Politikwissenschaft, die sich von den traditionellen Bezugsdisziplinen ablöst und als eigenständige

diges Fach auftritt, stand er sehr zurückhaltend gegenüber. Die Mitgliedschaft könnte deshalb von Freund als eine Möglichkeit wahrgenommen worden sein, mit führenden Vertretern der Geschichtswissenschaft in Kontakt zu kommen bzw. zu bleiben. Dem entspräche die Tatsache, dass Freund nach Kriegsende rasch versuchte, sein persönliches Netzwerk zu nutzen, um einen beruflichen Neuanfang zu schaffen. In seinem brieflichen Nachlass der Jahre 1945-1950 finden sich Korrespondenzen etwa mit Karl Alexander von Müller, Max Hildebert Böhm oder Werner Frauendienst – allesamt „belastete“ Wissenschaftler, denen Freund in der Ranke-Gesellschaft wiederbegegnete. Auch die Historikerkollegen des regionalen Umfeldes waren dort vertreten, etwa Otto Becker und Alexander Scharff aus Kiel oder (ab 1954) alle Ordinarien des Hamburger Historischen Seminars (Goede 2008, S. 237). Attraktiv war die Vereinigung möglicherweise auch, weil sie „sich in den fünfziger Jahren auch Fragen der unmittelbaren Zeitgeschichte zu[wandte], die von der Historikerunft größtenteils umgangen wurden“ (Goede 2008, S. 231), aber einen Schwerpunkt in Freuds Forschung darstellten. Dass er nicht versuchte, Anschluss an das Netzwerk des Instituts für die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit (des späteren Instituts für Zeitgeschichte) zu erlangen, könnte damit zusammenhängen, dass er dort mit Verweis auf seine NSDAP-Mitgliedschaft im Januar 1951 als Generalsekretär abgelehnt worden war. Eine führende Position oder meinungsbildende Rolle scheint Freund innerhalb der Gesellschaft jedoch nicht eingenommen zu haben. Goede erwähnt lediglich die Tatsache der Mitgliedschaft und die zwei Vorträge (Goede 2008, S. 237, 239, 247-248), in den Darstellungen von Asendorf (1989) und Salewski (2003) taucht sein Name nicht auf. Im Nachlass Freuds findet sich ebenfalls kein umfangreiches Material.

Wenn es um die von Eisfeld behauptete Übereinstimmung Freuds mit den revisionistischen geschichtspolitischen Zielen der Ranke-Gesellschaft geht, leistet der Nachweis der Mitgliedschaft indes nur begrenzte Dienste. Mindestens einmal, so Eisfeld, habe Freund sich „mit der Kriegspolitik des NS-Regimes in einer geschichtsklitternden Weise befasst“. Gemeint ist ein Vortrag, den dieser während der Jahrestagung 1952 über die politischen und sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den USA hielt. Leider lässt Eisfeld offen, ob es sich bei den von ihm zitierten Satzzeilen um Ausschnitte eines Wortprotokolls, eines dem Vortrag zugrunde liegenden Manuskripts oder um eine thesenhafte Zusammenfassung des Vortrages handelt. Weil die Beiträge von Freund, Pfeffer und Epting den bibliografischen Angaben zufolge auf den Seiten 9-12 des Protokolls nachzulesen sind, liegt Letzteres nahe. Wäre dem so, steht die Belastbarkeit der Aussagen dieser Quelle in Frage. Doch davon abgesehen ist nicht ersichtlich, woran Eisfeld den Vorwurf der Geschichtsklitterung festmacht. Eine detaillierte Debatte über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges kann an dieser Stelle nicht geführt werden, aber setzt man Freuds Aussagen zu der Darstellung aktueller Handbücher zur Geschichte der USA im 20. Jahrhundert in Beziehung, dann scheinen Eisfelds Schlussfolgerungen alles andere als zwingend zu sein. Freund scheint darauf abzuheben, dass das Handeln des US-Präsidenten Roosevelt in den Jahren 1933 bis 1941 „trotz aller Aufmerksamkeit für die wirtschaftlich wie militärisch instabile Weltpolitik [...] dem Primat der Innenpolitik, d. h. der Bewältigung der Wirtschaftskrise und ihrer sozialen Folgen“ folgte (Adams 2012, S. 68). Die Heraus-

forderung der Staatenordnung Europas durch das nationalsozialistische Deutschland habe nicht zu einer Veränderung der isolationistischen Haltung des Senats geführt. Die von Eisfeld als Beleg für die fehlerhafte Darstellung Freuds angeführte Quarantäne-Rede habe danach in den USA „mehr ‚isolationistischen‘ Widerstand als Kampfbegeisterung“ ausgelöst, und Roosevelt sei „zu stillerer Diplomatie“ zurückgekehrt (Adams 2012, S. 69). Freund weist mit dem – wiederum metaphorischen und deshalb möglicherweise missverständlichen – Wort von der „Verführung“ darauf hin, dass Hitler bei seinen Planungen zur Kriegsführung die internationale Mächtekonstellation und ihre möglichen Veränderungen kalkulierte. Der von Eisfeld zitierte Sirois bestätigt diese Sicht, wenn er als Wirkung der Quarantäne-Rede beschreibt, sie sei von Hitler als „Ansporn“ zur Verwirklichung der kontinentaleuropäischen Kriegsziele verstanden worden (Sirois 2000, S. 149). Wie Freund stellt damit auch Sirois eine argumentative Verbindung zwischen der sicherheitspolitischen Positionierung der USA und den deutschen Kriegsplänen her. Selbstverständlich wäre es verfehlt, die maßgebliche Ursache des Zweiten Weltkriegs in der Weltwirtschaftskrise zu suchen. Das behauptete Freund aber nicht. Es erschließt sich daher nicht, worin die „verzerrte Darstellung“ besteht und woran die Wirkung oder sogar die Absicht festgemacht werden kann, „Hitlers Entschlossenheit zum Krieg herunterzuspielen“.

Verwirrend ist schließlich, wie Eisfeld den Hamburger Historiker Fritz Fischer in seinem Argumentationsgang verortet. Man kann Eisfeld wohl so verstehen, dass Fischer wegen seiner „pro-nazistischen Vergangenheit“ ein gleichsam prädestiniertes Mitglied der Ranke-Gesellschaft war, dass er aber nach einem „offenbar schon während der Kriegsgefangenschaft“ einsetzenden Umdenken zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politik der Reichsführung vor dem Ersten Weltkrieg gekommen sei. Das wäre dann freilich ein Hinweis darauf, dass die Mitgliedschaft allein als Beleg für eine revisionistische Sicht auf die deutsche Geschichte nicht ausreicht. Unklar ist, was Eisfeld meint, wenn er konstatiert, Freund habe sich dem „von Fischer eingeschlagenen Weg“ verschlossen. Welcher Weg ist gemeint? Meint er damit, dass bei Freund kein Umdenken stattgefunden hat? Vertritt Eisfeld die Ansicht, dass das Umdenken nur durch eine besonders radikale Abkehr von bislang vertretenen Positionen nachgewiesen werden kann? Richtig ist zwar, dass sich Freund in der „Fischer-Kontroverse“ eindeutig auf die Seite der nationalen und konservativen Geschichtsschreibung schlug und seinem Hamburger Kollegen mit einem weit verbreiteten polemischen Artikel (Freund 1964) erheblich schadete. Was die eigene Vergangenheit anging, schwieg in der Öffentlichkeit aber der eine wie der andere.

3. Freund als Lehrer der Politik und der Demokratie

Die von Eisfeld zitierten Sätze und Satzfragmente eignen sich nicht, eine Nähe Freuds zu geschichtsrevisionistischen Positionen nachzuweisen. Um die Frage nach seinen Beiträgen zur Profilierung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft und zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu beantworten, ist eine breitere Perspektive notwendig. In der gebotenen Kürze sollen an dieser Stelle drei Handlungsebenen betrachtet werden, an denen eine umfassende-

re Analyse ansetzen sollte: erstens sein Wirken an der Kieler Universität, zweitens seine Rolle in der sich etablierenden *scientific community* der westdeutschen Politikwissenschaft sowie drittens sein Profil als Wissenschaftler und Publizist in der Öffentlichkeit (für eine detaillierte Betrachtung siehe Meinschien 2012).

Bis zu seiner Emeritierung 1971 war Michael Freund der einzige Professor für Politikwissenschaft an der Kieler Universität. Betrachtet man seine Lehrtätigkeit, so fällt die intensive Auseinandersetzung mit den Themen Nationalsozialismus, deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert sowie „deutsche Frage“ nach 1945 ins Auge. Bereits in seinem zweiten Kieler Semester, im Sommersemester 1949, hielt er, noch als Lehrbeauftragter, eine Vorlesung mit dem Titel „Die politische Geschichte der Welt im letzten Jahrzehnt (vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zur Gegenwart)“. Freund befand sich mit seiner Arbeit inmitten eines sich erst konstituierenden Forschungsfeldes, das noch über keinen Kanon an wissenschaftlicher Literatur und Quellensammlungen verfügte. Neben dem historischen Schwerpunkt bot Freund einführende Veranstaltungen zur Politikwissenschaft sowie zur Ideengeschichte an. Viele seiner Veranstaltungen richteten sich an Hörer aller Fakultäten, im Sommersemester 1950 beispielsweise mit den Kursen: „Der zweite Weltkrieg (1939-1945). Gestalt und weltpolitische Bedeutung“, „Das politische Leben der Gegenwart. Einführung in die politische Praxis“ sowie „Übungen zur politischen Praxis (mit Besichtigungen)“. Das 1953, zwei Jahre nach Freunds Berufung auf die Professur, eingerichtete Seminar für Wissenschaft und Geschichte der Politik verfügte zwar nur über einen kleinen Stamm fest und mit dem Abschlussziel der Promotion für dieses Fach eingeschriebener Studierender, wohingegen die große Mehrheit der Hörer aus Personen bestand, die die Veranstaltungen bei Freund zur Ergänzung ihres eigentlichen Studiums besuchten. Dadurch erreichte er ein breites Publikum, zumal während dieser Phase in den anderen Fächern in Kiel kaum etwas über die nationalsozialistische Zeit gehört werden konnte. Die gleichsam volkspädagogische Wirkung von Freunds Lehre dürfte deshalb als hoch veranschlagt werden. Ein wichtiges Element seiner Lehrveranstaltungen gerade in den frühen 1950er Jahren waren überdies Exkursionen, die ihn von Kiel bis zur Bundeshauptstadt, zur DGB-Schule nach Hattingen sowie nach Dänemark, Großbritannien und Frankreich führten.

Für die Begründung des Faches Politikwissenschaft und seine Ausgestaltung in der frühen Phase spielte Freund keine unwichtige Rolle. Er nahm an den Gründungskonferenzen in Waldleiningen, Berlin und Königstein teil und hielt auf der Konferenz von Königstein 1950 einen Vortrag zu den Forschungsaufgaben der Politikwissenschaft (Freund 1951a). In der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) war er Mitglied des Beirates und des Forschungsausschusses. Von dem sich etablierenden Fach hatte er allerdings ein anderes Verständnis als viele seiner Kollegen. Ein stark normativ geprägtes Politikverständnis sah Freund kritisch, und er sprach sich gegen verpflichtende Veranstaltungen für alle Studierenden aus. In Königstein plädierte er dafür, den wissenschaftlichen Charakter des Faches zu unterstreichen:

Was ist nun die eigentliche Aufgabe einer Wissenschaft der Politik? Wir erziehen keinen Stand, wir können keinen erziehen und wollen keinen erziehen. Wir können

nicht die staatsbürgerliche Erziehung aller Studierenden übernehmen. So bleibt im letzten Grunde für uns eben die Forschung (Freund 1951a, S. 94).

Gleichwohl sprach Freund dem Fach durchaus eine Rolle bei der Demokratisierung der Gesellschaft zu, denn:

Unser ist die wissenschaftliche Aufgabe, und was die Wissenschaft von der Politik auszustrahlen vermag, ist die eigene Haltung der *Wissenschaft*: die Sachlichkeit, der kritische Sinn, die Anerkennung der Wahrheit, auch wenn sie unangenehm ist, die Objektivität, wen sie mit der Gerechtigkeit Hand in Hand geht. Das ist der Beitrag zur politischen Gesittung, den die Wissenschaft von der Politik zu leisten vermag (Freund 1951a, S. 97, Hervorhebung i. O.).

Während Freund in den 1950er Jahren noch an verschiedenen Stellen verbands- und organisationspolitisch für das neue Fach aktiv war, nahm sein Engagement später immer weiter ab, sodass er ab 1958 nicht wieder in den Beirat der DVPW gewählt wurde. Dieser Rückzug hatte auch mit dem Wandel der Politikwissenschaft in Richtung einer sozialwissenschaftlichen Disziplin zu tun, dem Freund mit seinem historischen Schwerpunkt nicht folgte.

Auch in der Politik sowie als Journalist engagierte sich Freund für die junge Demokratie. Neben seinen Kontakten zum Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk und der schleswig-holsteinischen SPD ist hier seine Unterstützung der Sozialdemokraten im Bundestags- bzw. Landtagswahlkampf 1949 und 1950 anzuführen. Zudem arbeitete er in dieser Zeit – als inoffizieller Chefredakteur – bei der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung (VZ), der Zeitung der schleswig-holsteinischen SPD. Bereits ab 1946 schrieb Freund für die in Freiburg erscheinende „Gegenwart“, später auch für die „Zeit“, die „Welt“ und ab Ende der 1950er Jahre vor allem für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. In seinen Beiträgen – Freund veröffentlichte insgesamt mehrere hundert Artikel – beschäftigte er sich vor allem mit historischen Themen, kommentierte aber auch regelmäßig das politische Tagesgeschehen. Immer wieder sprach er sich für eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion aus und hielt eine Wiederbewaffnung Deutschlands für unausweichlich. Für eine Wiedervereinigung sah er bereits Mitte der 1950er Jahre keine realistische Chance mehr. Ende der 1950er Jahre und mithin in einer Zeit, in der das Thema in weiten Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit noch als ein Sakrileg behandelt wurde, sprach er sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze aus. Darüber hinaus war Freund in der politischen Bildung aktiv und hielt zahlreiche Vorträge, sowohl in Schleswig-Holstein in Volkshochschulen, bei Vereinen, für die Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft, aber auch in ganz Deutschland, beispielsweise in Amerikahäusern und an Evangelischen Akademien.

Auf dem Historikertag 1951 hielt Freund ein Plädoyer für die wissenschaftliche Zeitgeschichtsschreibung im Kreise der diesem Vorhaben eher skeptisch gegenüberstehenden Historiker und forderte:

Die Geschichtsforschung über das Dritte Reich soll dazu beitragen, den Nationalsozialismus zu überwinden; sie darf aber nicht unter politischen Aspekten geschehen, sondern im freien Streben nach Erkenntnis der historischen Wahrheit (Freund 1951b, S. 40).

Dazu stand freilich nicht im Widerspruch, dass er sich öffentlich mehrfach gegen problematische Interpretationen und Deutungen des Nationalsozialismus aussprach. So bescheinigte er Armin Mohler in einer Rezension von 1952, dass dieser den Anteil der „konservativen Revolution“ an der Vorbereitung und Durchsetzung des Nationalsozialismus in seinem Buch „außerordentlich unterschätzt“ habe (Freund 1952, S. 42). Mit Apologeten der nationalsozialistischen Herrschaft ging Freund Mitte der 1950er Jahre besonders scharf ins Gericht. Hans Grimm, von dem die Nationalsozialisten die Formel vom „Volk ohne Raum“ übernommen hatten, warf er vor, seine „Darstellung der Kriegsentstehung beruh[e] ausschließlich auf der amtlichen Propaganda des Dritten Reiches und [...] [sei] so viel wert wie der Leitartikel eines Officios und ein Regierungsflugblatt“, zudem „schöpf[e] [Grimm] so gut wie immer aus der zweiten Hand“ (Freund 1956, S. 132). Freund begründete seine ausführliche Rezension damit, dass man Grimm entgegentreten müsse, denn „[z]u viele Leute werden auf den Mann hören, der einmal aufhorchen ließ. Autor und Gegenstand sind nicht gleichgültig genug“ (Freund 1956, S. 131).

In der Forschung konzentrierte sich Freund auf historische und zeitgeschichtliche Themen. Besonders weite Verbreitung fand seine „Deutsche Geschichte“ (Freund 1960), die im Rahmen der Bertelsmann Lexikon Bibliothek mit einer Erstauflage von 40.000 Exemplaren gedruckt wurde und mehrere Neuauflagen erfuhr. Mit zahlreichen Bildern und Grafiken ausgestattet, richtete es sich an einen breiten Leserkreis und nicht in erster Linie an die akademische Geschichtswissenschaft. Gut die Hälfte des voluminösen Werkes umfasst die neueste Zeit seit 1914, und man kann es deshalb als eine Art Resümee Freunds zu dieser Phase lesen – auch deshalb, weil er an vielen Stellen auf bereits erschienenes Material zurückgriff. Freund bewegt sich in seiner Deutung von Weimar und Nationalsozialismus in weitgehender Übereinstimmung mit den großen Interpretationslinien der nationalen und konservativen Geschichtsschreibung, die in der bundesrepublikanischen Debatte der 1950er Jahre noch weithin den Ton angab (Kershaw 2001). Leitperspektive des Buches ist das Schicksal der deutschen Nation, das „Dritte Reich“ wird als ein Bruch in der Geschichte Deutschlands dargestellt – Freuds Schüler Hagen Schulze nannte dies „das apokalyptische Raunen über Hitler“ (Schulze 2007, S. 383). In der Darstellung des Herrschaftssystems wird die Bedeutung Hitlers ins Zentrum gerückt, der zugleich dämonisiert und damit in der Tendenz einer rationalen Analyse entzogen wird. Auch in der Gewichtung des Stoffes blieb Freund ganz konventionell, denn es dominiert die Geschichte der politischen Ereignisse und der Entscheidungsprozesse der „großen Männer“, wohingegen die sozialgeschichtliche Dimension weitgehend fehlt.

Der Stil und die Darstellungsweise Freuds dürften (neben dem Vertriebsweg) ihren Teil zum Erfolg auf dem Buchmarkt beigetragen haben, denn die Vergangenheit wird an vielen Stellen als eine Art „Drama“ (Schulze 2007, S. 383) geschildert. Es dominiert ein erzählender Duktus, der von pointierten Vergleichen, überspitzten Formulierungen und Wortspielen gekennzeichnet ist. Damit wird einer Art von „Präsentismus“ und einer nicht immer glücklichen „Aktualisierung des Vergangenen“ (Mann 1961, S. 70) Vorschub geleistet, die analytischen Maßstäbe in vielen Fällen nicht standhalten kann. Manches, was Freund dem Leser

seiner Zeit erzählte, wirkt aus heutiger Sicht befremdlich. Hitler war für Freund beispielsweise „ein Genie, das reinste Beispiel für ein verkrüppeltes und verwachsenes Genie“ (Freund 1960, S. 1180), ihm hätten „alle Merkmale der satanischen Besessenheit“ (Freund 1960, S. 1181) angehaftet. Die „Tischgespräche“ zeigten Hitler als einen „Dschingis-Khan im Gewand eines deutschen Spießers“ (Freund 1960, S. 1184), an anderer Stelle ist Hitler schließlich der „Antichrist“ (Freund 1960, S. 1185). Kein Zweifel: Die Freudsche Art der Geschichtsschreibung erfüllt heutige Ansprüche an historische Forschung nicht, sie wurde auch schon von den zeitgenössischen Kollegen kritisch gesehen. Gerhard Ritter schrieb an Freund beispielsweise über die „Große Revolution in England“ (Freund 1951c), man habe gerade in den ersten Kapiteln „fast den Eindruck, lauter Narren, Schurken und wahnwitzige Fanatiker, aber keine ernst zu nehmenden Menschen mehr gegeneinander agieren zu sehen. Man spürt den auf starke Effekte und Verblüffung des Bourgeois eingestellten bedeutenden Journalisten [...].“¹

Wiederum stellt sich die Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus den Beobachtungen zur Geschichtsschreibung Freuds ziehen lassen. Im Vergleich zu den von Eisfeld angeführten Repräsentanten Bracher, Fraenkel und Neumann kann Freund ohne Zweifel nicht zu den Professoren der Politikwissenschaft gezählt werden, die neue Fragestellungen, innovative methodische Ansätze oder theoretische Perspektiven in die Erforschung des Nationalsozialismus einführten. Vielmehr blieb Freund ganz überwiegend innerhalb des nationalen und konservativen Paradigmas der Historiografie, von dem er sich lediglich durch seinen „Präsentismus“ unterschied. Seine Darstellungsweise mag daher einerseits Zweifel an der „Wissenschaftlichkeit“ Freuds hervorrufen. Doch sollte andererseits der Beitrag nicht unterschätzt werden, den Freund mit seiner Publizistik und seinen Büchern für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, auch mit Blick auf die nicht-akademische Öffentlichkeit, geleistet hat.

4. Schlussfolgerungen: Über 1945 hinaus denken

Die fachgeschichtliche Debatte konzentrierte sich in den vergangenen Jahren auf die Frage möglicher Belastungen der Nachkriegspolitologen während der nationalsozialistischen Zeit. Das war und ist notwendig, hat aber auch zu einer Verengung des Blickfeldes geführt. Gegenwärtig scheint das Jahr 1945 und das, was die Vertreter der Gründergeneration *davor* taten bzw. nicht taten, die heimliche Referenzgröße der Fachgeschichte zu sein. Der Kommentar Eisfelds regt dazu an, über die Zeit *nach* 1945 und über das Verhältnis der „Demokratiewissenschaft“ zur Demokratie nachzudenken. Über die inhaltliche Positionierung der „Gründer“ und über den Beitrag, den das Fach in den 1950er Jahren (und darüber hinaus) für die Verankerung der Demokratie in der Bundesrepublik geleistet hat, wissen wir erstaunlich wenig (siehe aber Buchstein 2011).

In einer Analyse der englischen Demokratie von 1954 forderte Michael Freund: „Wir sollten aufhören, immer nur eine einzige Form der Demokratie für demo-

1 BArch N1394/2, G. Ritter an M. Freund, 10.12.1951, S. 1.

kratisch zu erklären. Wir sind allzu schnell dabei, immer wieder etwas für ‚undemokratisch‘ zu erklären“ (Freund 1954, S. 423). Er kritisierte damit die Praxis, dass einzelne Elemente des je eigenen (demokratischen) politischen Systems vorschnell zu konstitutiven Bestandteilen der Demokratie schlechthin erklärt werden. An seine politikwissenschaftlichen Fachkollegen wird er dabei nicht in erster Linie gedacht haben. Dennoch erscheint uns eine vertiefte Analyse des demokratietheoretischen und demokratiepolitischen Standorts der Gründeräder dringlich zu sein. Dass die ersten Professoren des Faches keine homogene Gruppe repräsentierten, wurde bislang vor allem mit dem Verweis auf ihre unterschiedliche disziplinäre Ausbildung und berufliche Herkunft sowie mit dem Verweis auf ihre Rolle während der nationalsozialistischen Herrschaft begründet. Die Formel von der „Demokratiewissenschaft“ überdeckte aber, dass sich unterhalb der generellen Gemeinsamkeit, die Demokratie der Bundesrepublik zu unterstützen, recht unterschiedliche Demokratieverständnisse bei den Gründerätern verbargen. Vergleichende Forschungsansätze sind daher wünschenswert, die ein umfassenderes Bild vom „demokratischen Profil“ der jungen Politikwissenschaft vermitteln.

In diesem Zusammenhang verdienen die größeren historischen Linien der Demokratiediskussion mehr Beachtung. Die Professoren der Gründergeneration finden nicht erst mit dem Kriegsende an, über die Grundlagen der politischen Ordnung nachzudenken, und es ist zu erwarten, dass ihr Denken von den Erfahrungen der Jahre 1933-1945 zwar stark geprägt, aber nicht zwangsläufig in völlig andere Bahnen gelenkt worden ist. Die Persistenz von Denkmustern, Narrativen und Handlungsorientierungen über einzelne politische Zäsuren hinaus ist vielfach belegt, sie dürfte sich auch für die frühen Politikwissenschaftler nachzeichnen lassen. Umgekehrt gilt aber auch, dass die „Gründer“ den Ausgang einiger Entwicklungen nicht kennen und einige Erfahrungen noch nicht gemacht haben konnten. Das Jahr 1968 und die damit verbundene neue Bewertung von Partizipation und Teilhabe für das Gelingen der Demokratie war in der Gedankenwelt der frühen 1950er Jahre beispielsweise kaum präsent. Notwendig ist deshalb gewissermaßen eine historische Fundierung der politikwissenschaftlichen Fachgeschichte. Vielversprechend ist insbesondere, die Untersuchung der Politikwissenschaft und ihrer Protagonisten in eine Analyse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung einzubetten. Die fachgeschichtliche Forschung sollte, damit zusammenhängend, über den Tellerrand des eigenen Faches hinausschauen. Der Fall Freund zeigt beispielsweise, dass eine Kenntnis der geschichtswissenschaftlichen Fachentwicklung im 20. Jahrhundert hilfreich ist, um sein Forschungsprofil und seine Aussagen einzuordnen. Auch für andere Angehörige der Gründergeneration dürfte gelten, dass sie ihr ursprüngliches disziplinäres Profil nicht völlig ablegen, sich vielleicht sogar weiterhin aktiv in der Geschichtswissenschaft, im Staatsrecht oder den Wirtschaftswissenschaften einbrachten. Eine interdisziplinäre Sichtweise ist übrigens auch nützlich, um das „Demokratieprofil“ der Politikwissenschaft im Verhältnis zu entsprechenden Diskursen in anderen Fächern einordnen zu können.

Vor allem aber ist eine Diskussion über die theoretischen Maßstäbe vonnöten, die einer Analyse des Demokratieverständnisses zugrunde liegen können. Die fachgeschichtliche Forschung bedarf mit anderen Worten einer demokratietheoretischen Fundierung. Eisfeld geht offenbar von solchen Kriterien aus, deren Erfüll-

lung ein „beruhigendes Fazit“ rechtfertigt – oder auch nicht rechtfertigt. Leider macht er diese Kriterien aber nicht explizit. Ist es tatsächlich angemessen (oder sogar erforderlich), die Politikwissenschaftler der 1950er Jahre am Maßstab aktueller demokratietheoretischer Prinzipien und Normen zu messen? Oder ist eine historisierende Betrachtungsweise vorzuziehen, die, ohne damit unkritisch zu sein, die Personen und Strukturen vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Bedingungen sowie der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung einschätzt? In welcher Weise können beide Betrachtungsweisen einander befürworten? Nur wenn wir über diese methodischen Grundfragen zu einer Verständigung oder jedenfalls zu mehr Offenheit kommen, können wir einen fachgeschichtlichen „Präsentismus“ vermeiden, mit dem komplexe Lebenswege und Positionen verkürzend anhand von Einzelbefunden und (vermeintlich) durchschlagenden Zitaten beurteilt werden.

Literatur

- Adams, Willi Paul. 2012. *Die USA im 20. Jahrhundert*. 3. Aufl. München: Oldenbourg Verlag.
- Asendorf, Manfred. 1989. Was weiter wirkt. Die „Ranke-Gesellschaft-Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben“, 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 4: 29-61.
- Bracher, Karl-Dietrich. 1952. Auflösung einer Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem. In *Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik*, Red. A.R.L. Gurland, 39-98. Berlin: Duncker & Humblot.
- Buchstein, Hubertus. 2011. *Demokratiepolitik. Theoriebiographische Studien zu deutschen Nachkriegspolitologen*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Cornelißen, Christoph. 2009. Erforschung und Erinnerung – Historiker und die zweite Geschichte. In *Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung*, Hrsg. Peter Reichel, Harald Schmid und Peter Steinbach, 217-242. München: Verlag C. H. Beck.
- Freund, Michael. [1952] 1970b. Das Gesicht der Parteien. In ders.: *Die Politik der Freiheit. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft und Geschichte der Politik*, 163-171. Bremen: Carl Schünemann Verlag.
- Freund, Michael. [1954] 1970a. Das Elitenproblem in der modernen Politik. In ders.: *Die Politik der Freiheit. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft und Geschichte der Politik*, 198-220. Bremen: Carl Schünemann Verlag.
- Freund, Michael. [1964] 1970c. Politische Parteien. In ders.: *Die Politik der Freiheit. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaft und Geschichte der Politik*, 131-162. Bremen: Carl Schünemann Verlag.
- Freund, Michael. 1948. Volk der Völker. *Die Gegenwart* 3, Nr. 16: 7-9.
- Freund, Michael. 1951a. Die Forschungsaufgaben der Wissenschaft von der Politik. In *Über Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik. Gesamtprotokoll der Konferenz von Königstein im Taunus vom 15. und 16. Juli 1950*, Hrsg. Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung, 90-104. Wiesbaden: Hessisches Ministerium für Erziehung u. Volksbildung.
- Freund, Michael. 1951b. Probleme und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung. In *Bericht über die 21. Versammlung deutscher Historiker in Marburg/Lahn*. Beiheft zur

- Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Hrsg. Verband der Historiker Deutschlands, 39-41. Stuttgart: Ernst Klett Verlag.
- Freund, Michael. 1951c. *Die große Revolution in England. Anatomie eines Umsturzes*. Hamburg: Claassen-Verlag.
- Freund, Michael. 1952. Konservatives Harakiri. Zu Mohlers Buch: Die konservative Revolution. *Die Gegenwart* 7, Nr. 2: 41-42.
- Freund, Michael. 1954. Englische und deutsche Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 32: 421-425.
- Freund, Michael. 1955. Unabhängiges Gewissen. *Die Gegenwart* 10, Nr. 12: 377-378.
- Freund, Michael. 1956. Hans Grimm und Adolf Hitler. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7: 131-140.
- Freund, Michael. 1960. *Deutsche Geschichte*. Gütersloh: Bertelsmann Verlag.
- Freund, Michael. 1964. Bethmann-Hollweg, der Hitler des Jahres 1914? Zu einer Spätfrucht des Jahres 1914 in der Geschichtsschreibung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.3.1964.
- Fröhlich, Claudia. 2009. Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In *Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung*, Hrsg. Peter Reichel, Harald Schmid und Peter Steinbach, 105-126. München: Verlag C. H. Beck.
- Goede, Arnt. 2008. *Adolf Rein und die „Idee der Politischen Universität“*. Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer Verlag.
- Gurland, A. R. L. 1952. Politische Wirklichkeit und politische Wissenschaft. In *Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik*, Red. A.R.L. Gurland, 9-38. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kershaw, Ian. 2001. *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Knelangen, Wilhelm, und Birte Meinschien. 2014. „Ich wäre gerne in Ruhe gelassen worden...“. Michael Freund im Nationalsozialismus. *Politische Vierteljahresschrift* 55: 321-355.
- Mann, Golo. 1961. Deutsche Geschichte – cum ira et studio, *Der Monat* 13: 68-71.
- Meinschien, Birte. 2012. *Michael Freund: Wissenschaft und Politik (1945-1965)*. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlagsgruppe.
- Müller, Jan-Werner. 2013. *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Salewski, Michael. 2003. Die Ranke-Gesellschaft und ein halbes Jahrhundert. In *Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen, 2001*, 124-142. Hrsg. Jürgen Elvert und Susanne Krauß. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Schulze, Hagen. 2007. Entfesselte Geschichte. In *Ein Buch, das mein Leben verändert hat*, Hrsg. Detlev Felken, 382-384. München: Verlag C. H. Beck.
- Schulze, Winfried. 1989. *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. München: Oldenbourg Verlag.
- Sirois, Herbert. 2000. *Zwischen Illusion und Krieg. Deutschland und die USA 1933-1941*. Paderborn/München/Wien/Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh.

AutorInnenangaben

Dr. Wilhelm Knelangen,
Christian-Albrechts-Universität Kiel, Institut für Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft,
Westring 400,
24098 Kiel,
wknelangen@politik.uni-kiel.de

Birte Meinschien,
Goethe-Universität Frankfurt am Main, Historisches Seminar,
Grüneburgplatz 1,
60629 Frankfurt am Main,
birte.meinschien@stud.uni-frankfurt.de